

Nr. 20/740

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wie bringen wir Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bezahlbarkeit in der bremischen Energieversorgung zusammen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 24. März 2022
(Drucksache [20/1422](#))
2. Bremen steht in fester Verbundenheit an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer: Holodomor von 1932/33 als Völkermord anerkennen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 10. Mai 2022
(Drucksache [20/1463](#))
3. Immobilienmanagement des Senats
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 7. April 2022
(Drucksache [20/1429](#))
4. Digitale Gewalt in Bremen besser bekämpfen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 29. April 2021
(Drucksache [20/938](#))
5. Digitale Gewalt in Bremen besser bekämpfen!
Bericht und Änderungsantrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau
vom 24. Mai 2022
(Drucksache [20/1478](#))

Nr. 20/741

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 13. Juni 2022

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Das Angebot von Kurzzeitpflege im Land Bremen aktiv fördern!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. April 2022
(Drucksache [20/1430](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration.

2. Zweites Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Stärkung der Beteiligung der Bürgerschaft (Landtag) bei dem Erlass von Verordnungen zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 auf Grundlage von § 32 des Infektionsschutzgesetzes (Coronaverordnungsbeteiligungsgesetz)
Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP
vom 2. Juni 2022
(Drucksache [20/1486](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

3. Parität in Bremer Parlamenten
Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 10. Juni 2022
(Drucksache [20/1493](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, die Frage der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit einer farblichen Markierung des Geschlechterverhältnisses auf den einzelnen Wahllisten dem Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen nach Artikel 140 Absatz 1 der Landesverfassung zur Prüfung vorzulegen.

Der Staatsgerichtshof möge prüfen, ob folgende Änderungen des Bremischen Wahlgesetzes und der Bremischen Landeswahlordnung zulässig sind:

Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes

Der Senat verkündet das nachfolgende, von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Artikel 1

§ 25 des Bremischen Wahlgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1990 (Brem.GBl. 1990, S. 321), zuletzt §§ 42, 47 und 55 geändert, sowie §§ 38, 39 und 53 neu gefasst durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. September 2021 (Brem.GBl. S. 411) wird wie folgt geändert:

1. Nach Satz 3 wird folgender Satz 4 eingefügt:

„Über jeden Wahlvorschlag ist ein Querbalken anzubringen, der in farblicher Markierung den auf die jeweiligen Geschlechter entfallenden Anteil für den Wahlvorschlag anzeigt.“

2. Der bisherige Satz 4 wird Satz 5.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Der Senat wird aufgefordert, die Bremische Landeswahlordnung dahingehend zu ändern, dass für jeden Wahlvorschlag ein über der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten gedruckter Balken vorgeschrieben ist, der in farblicher Markierung die auf die jeweiligen Geschlechter entfallenden Anteile an dem Wahlvorschlag vorsieht.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

4. Zweite Verordnung zum Basisschutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Zweite Corona-Basisschutzmaßnahmenverordnung)
Mitteilung des Senats vom 24. Mai 2022
(Drucksache [20/1479](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

5. Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen –
Zweite Verordnung zum Basisschutz vor Neuinfektionen mit dem
Coronavirus SARS-CoV
Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 10. Juni 2022
(Drucksache [20/1494](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Verfassungs-
und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 20/742

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen
durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Martin Michalik, Heiko Strohmann und
Fraktion der CDU:

**„Schlecht fürs Klima, schlecht für Bremen – Senat verfehlt
Klimaschutzziele erneut“;**

2. auf Antrag der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und
Fraktion der FDP:

**„Keine Zustimmung zum Sondervermögen der Bundeswehr –
Ist dem rot-grün-roten Senat die deutsche Verteidigungsfähigkeit
egal?“;**

3. auf Antrag der Abgeordneten Mustafa Güngör und Fraktion der SPD,
Klaus-Rainer Rupp, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE
LINKE sowie Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

**„Eine Frage der Gerechtigkeit: Übergewinnsteuer einführen –
Verbraucher:innen entlasten“.**

Nr. 20/743

Gesetz zur Änderung von Vorschriften über den Landesmindestlohn

Mitteilung des Senats vom 4. Mai 2022
(Drucksache [20/1448](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 20/744

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit zum Gesetz zur Änderung von Vorschriften über den Landesmindestlohn

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit
vom 1. Juni 2022
(Drucksache [20/1484](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation
für Wirtschaft und Arbeit Kenntnis.

Nr. 20/745

Ein zukunftsfähiger Hafenstandort braucht eine kluge Verkehrslösung – Hafenrandstraße jetzt realisieren

Antrag der Fraktion der FDP
vom 16. Mai 2022
(Drucksache [20/1473](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/746

Gesetz zur Anpassung spielhallenrechtlicher und glücksspielrechtlicher Vorschriften an den Glücksspielstaatsvertrag 2021

Mitteilung des Senats vom 10. Mai 2022
(Drucksache [20/1465](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/747

Gesetz zur Änderung von hafenrechtlichen Vorschriften (Änderung des Bremischen Hafenbetriebsgesetzes und des Bremischen Schiffsabfall-Entsorgungsgesetzes)

Mitteilung des Senats vom 26. April 2022
(Drucksache [20/1432](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 20/748

Gesetz zur Änderung von hafenrechtlichen Vorschriften (Änderung des Bremischen Hafenbetriebsgesetzes und des Bremischen Schiffsabfall-Entsorgungsgesetzes)

Bericht und Antrag des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen
vom 13. Juni 2022
(Drucksache [20/1496](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen Kenntnis.

Nr. 20/749

Zur aktuellen Beschäftigungssituation und Lage der Beschäftigten im Land Bremen

Große Anfrage SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 21. Dezember 2021
(Drucksache [20/1286](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2022
(Drucksache [20/1347](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/750

Fragestunde

1. Regelungen und Konzepte zu rauchfreien Stadien
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 5. Mai 2022
 2. Großwärmepumpen in der Fernwärmeversorgung Bremerhavens und Bremens
Anfrage der Abgeordneten Jörg Zager, Arno Gottschalk, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 5. Mai 2022
 3. Sicherheitskontrollen im Hafengebiet
Anfrage der Abgeordneten Kevin Lenkeit, Jörg Zager, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 5. Mai 2022
 4. Hilfe für zu Hause beatmete Patienten bei großflächigen, länger anhaltenden Stromausfällen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 5. Mai 2022
 5. Digitalisierung der bremischen Häfen
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 5. Mai 2022
 6. Durchführung des Kita-Brückenjahrs im Land Bremen und Stand der Planungen für 2023
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Mai 2022
 7. Krankenversicherung von Inhaftierten
Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen, Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 10. Mai 2022
 8. Finanzinvestor:innen im Gesundheitswesen
Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 10. Mai 2022
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
9. Wegen Fahrens ohne Fahrschein im Knast
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Mai 2022
 10. Diskriminierung bei Einlasskontrollen in Clubs und Diskotheken
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Mai 2022
 11. Zunahme von Suizidversuchen von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Solveig Eschen, Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Mai 2022
 12. Studierende Drittstaatenangehörige aus der Ukraine
Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Janina Strelow, Kevin Lenkeit, Elombo Bolayela, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 17. Mai 2022

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

13. Landeszuweisungsrichtlinie für Unterrichtsvertretung an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen zeitgemäß und gerecht?

Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 19. Mai 2022

Diese Anfrage wurde von den Fragestellern zurückgezogen.

14. Leerstand bei bundeseigenen Wohnimmobilien im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Falk-Constantin Wagner, Mustafa Güngör und die Fraktion der SPD vom 20. Mai 2022

15. Umsetzungsstand der Extremwetter-Ausstellung im Klimahaus

Anfrage der Abgeordneten Thorsten Raschen, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 20. Mai 2022

16. Stand der Umsetzung Wissenschaftliche Studie Gender Pay Gap an Bremischen Hochschulen sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen

Anfrage der Abgeordneten Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 8. Juni 2022

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/751

Klimaschutzrelevantes Handwerk durch Qualifizierung stärken

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 22. März 2022

(Drucksache [20/1417](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 31. Mai 2022

(Drucksache [20/1482](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/752

Paradigmenwechsel für ein selbstbestimmtes und sozial eingebundenes Leben: Pflege im Quartier

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Mai 2022

(Drucksache [20/1476](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf der Bundesebene für folgende Ziele einzusetzen:
 - a) Ausbau der Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung – zunächst auch durch eine Begrenzung der Eigenanteile;
 - b) Einführung der Möglichkeit eines bundesweit geltenden quartiersbezogenen Pflegebudgets. Dabei ist sicherzustellen, dass die Kommunen entsprechend der Anzahl und Einstufung ihre pflegebedürftigen Bürger:innen Mittel aus der Pflegeversicherung erhalten – unabhängig davon, ob diese Mittel stationär oder ambulant verwendet werden;
 - c) Stärkung der Refinanzierung und finanziellen Absicherung der Tages- und Nachtpflege als Angebot vor Ort. Sie leistet einen wichtigen

- Beitrag zur Tagesstrukturierung insbesondere von demenziell erkrankten Menschen und zur Entlastung der pflegenden Angehörigen;
- d) vollumfängliche Übernahme der medizinischen Behandlungspflege in den stationären Einrichtungen durch die Krankenkassen;
 - e) Entwicklung von Strategien zur Aufhebung der Sektorentrennung zwischen ambulanten und stationären Hilfen und die verstärkte sozialrechtliche Ermöglichung übergreifender Angebote und Versorgungsketten, die die Friktionen an der Schnittstelle der unterschiedlichen Regelsysteme überwinden – in Analogie zum Bundesteilhabegesetz für die Menschen mit Behinderungen;
 - f) Ausweitung der sozialgesetzlichen Verpflichtung der Länder zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Pflegeversorgung vor Ort;
 - g) Fortsetzung des Einsatzes für die tarifliche Bezahlung in der Pflege und für die Verbesserung der Ausbildungsrahmenbedingungen und zur Förderung der Attraktivität des Pflegeberufes;
2. ein Konzept „Pflege im Quartier“ für die Kommune Bremen vorzulegen, das folgende Aspekte beinhaltet:
- a) Förderung der lokalen Selbsthilfe und entsprechender Projekte zur Unterstützung Pflegebedürftiger, pflegender Angehöriger und Nachbar:innen im Quartier. Dazu gehört neben lokalen Teilhabe- und Selbsthilfeangeboten auch ein Angebot von Kursen für pflegende Angehörige und Zugehörige im Stadtteil mit gleichzeitigen Pflegeentlastungsangeboten. Dabei ist die Abstimmung mit bestehenden Strukturen zu berücksichtigen;
 - b) Einrichtung eines Fonds für Mikroprojekte im Quartier, der den Akteur:innen erlaubt, unbürokratisch Mittel für lokale Projekte zur Verbesserung der Angebotslandschaft zu erhalten;
 - c) Umsetzungsschritte für die Einrichtung flächendeckender präventiver Hausbesuche, mindestens jedoch in den Modellquartieren. Diese sollen als Angebot für Senior:innen in allen Quartieren oberhalb einer festzulegenden Altersgrenze dienen, um auf freiwilliger Basis Pflege- und Unterstützungsbedarfe festzustellen, bei Bedarf an die zuständigen Stellen weiterleiten und zu gesundheitlichen Fragen zu beraten. Die besonderen Belange von zugewanderten Menschen sind dabei zu berücksichtigen;
 - d) darzulegen, inwieweit eine Konzentration der Angebote der ambulanten Pflegedienste auf regional abgrenzbare Einzugsgebiete möglich ist. In diesem Zusammenhang ist mit den Kassen zu prüfen, ob innerhalb des Modellprogramms Pflege im Quartier ambulante Dienste neue Abrechnungsmöglichkeiten ihrer Leistungen sowohl für ältere pflegebedürftige Menschen entsprechend der Neuausrichtung im Quartier erhalten könnten;
 - e) Prüfung eines Ausbaus der nötigen Unterstützung in hauswirtschaftlichen Fragen sowie in der Alltagsbegleitung durch die 17 Dienstleistungszentren in Bremen – dabei ist die Ausstattung zu überprüfen und gegebenenfalls zu verbessern;
 - f) Umsetzungsschritte für eine weitere Ausweitung des Angebots der Pflegestützpunkte, um eine Beratung vor Ort, mindestens in Modellquartieren, sicherzustellen, zum Beispiel in Form von Sprechstunden;
 - g) Erarbeitung von Voraussetzungen dafür, dass im Kontext der Pflegestützpunkte ein:e für die Pflegebedürftigen zuständige:r persönliche:r Pflegeberater:in einbezogen werden kann, welche:r einen individuellen Versorgungsplan, wie er gesetzlich im SGB IX (Sozialgesetzbuch)

vorgesehen ist, erstellt, diesen in der Durchführung überwacht und auf Wunsch der Pflegebedürftigen auch Beratung in deren häuslichem Umfeld durchführt;

- h) Möglichkeiten der Koordination der „örtlichen Pflege- und Teilhabelandschaft“ durch eine:n „Quartierskoordinator:in Pflege“, der/die in kommunaler Verantwortung steht. Dabei sind die Pflegekassen, wie es gesetzlich im SGB XI vorgesehen ist, in die Konzeption und Finanzierung einzubeziehen mit dem Ziel, eine regionale Pflegeplanung unter Einbezug aller relevanten Akteur:innen des Sozialraums und entsprechend der Wünsche der Pflegebedürftigen zu entwickeln;
 - i) Gesprächsaufnahme mit Trägern von Einrichtungen von Tagespflegeangeboten unter der Zielsetzung, diese wohnungsnah anzubieten (beziehungsweise bei größeren Wohnanlagen ihre Ansiedelung „unter einem Dach“);
 - j) darzulegen, wie eine verbindliche und systematische Organisation sozialer Kontakte und soziokultureller Angebote durch die im Quartier tätigen Akteur:innen ermöglicht werden kann;
 - k) Gespräche mit den Kranken- und Pflegekassen über deren Ko-Finanzierung für ein Modellprogramm Pflege im Quartier zum Beispiel über die Modellklausel einzuleiten beziehungsweise darzustellen, wie andere Ko-Finanzierungen über vorhandene Haushaltsmittel hinaus sichergestellt werden können;
3. sich mit dem Magistrat auszutauschen, inwieweit eine Konzeptentwicklung auch in der Stadtgemeinde Bremerhaven angestoßen werden kann;
 4. der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration beginnend sechs Monaten nach Beschlussfassung halbjährlich zu berichten.

Nr. 20/753

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes sowie weiterer Gesetze

Mitteilung des Senats vom 17. Mai 2022
(Drucksache [20/1474](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres.

Nr. 20/754

Gesetz zur Harmonisierung und Fortentwicklung der Bestimmungen über Beiräte im Strafvollzug

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Juni 2022
(Drucksache [20/1492](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 20/755

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 29

vom 10. Juni 2022
(Drucksache [20/1495](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 20/756

Die notwendigen Ermittlungsgrundlagen im Kampf gegen organisierte Kriminalität auch in Bremen schaffen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 2. Juni 2022
(Drucksache [20/1487](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/757

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes

Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. Februar 2022
(Drucksache [20/1324](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 28 Absatz 1 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 20/758

Medienkompetenzförderung in Bremen und Bremerhaven

Gesamtstrategie und Bestandsaufnahme
Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2022
(Drucksache [20/1331](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/759

Chancengerechtigkeit durch Zukunftsscouts an weiterführenden Schulen erhöhen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 10. Februar 2022
(Drucksache [20/1342](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/760

Ist die Förderung besonders begabter Kinder im Land Bremen in allen Stadtteilen ausreichend? Formen und Wirksamkeit der Begabungsförderung auf dem Prüfstand

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 24. Januar 2022
(Drucksache [20/1317](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. März 2022

(Drucksache [20/1387](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/761

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention – Frauen und Kinder vor Gewalt schützen
Mitteilung des Senats vom 1. März 2022
(Drucksache [20/1375](#))
2. Sexualisierte Gewalt: Gesellschaftspolitische statt kircheninterner Aufarbeitung
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD vom 8. März 2022
(Drucksache [20/1382](#))
3. Zusammenwirken von Schulen des Landes Bremen und der Bundeswehr im Bereich der politischen Bildung auf Grundlage eines Kooperationsvertrages institutionalisieren
Antrag der Fraktion der CDU vom 11. März 2022
(Drucksache [20/1392](#))
4. Diversitätssensible Jugendhilfe im Land Bremen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD vom 15. März 2022
(Drucksache [20/1394](#))
5. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft
Bericht und Antrag des staatlichen Petitionsausschusses vom 14. März 2022
(Drucksache [20/1393](#))
6. Welche Absichten verfolgt der Bremer Senat in Bezug auf die Schutzhunde bei der Bremer Polizei?
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 9. Februar 2022
(Drucksache [20/1340](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 22. März 2022
(Drucksache [20/1412](#))
7. Landesprogramm Lebendige Quartiere – Umsetzung und Fortschreibung
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 11. Februar 2022
(Drucksache [20/1344](#))
D a z u

- Mitteilung des Senats vom 26. April 2022
(Drucksache [20/1435](#))
8. Bewertung und kritische Aufarbeitung der Maßnahmen in geschlossenen Jugendhilfeeinrichtungen
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 18. Februar 2022
(Drucksache [20/1355](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 26. April 2022
(Drucksache [20/1436](#))
9. Plattdüütsch in Bremen: Langt dat, wat de Senat for de Regionalspraak deit?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 21. Februar 2022
(Drucksache [20/1359](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 5. April 2022
(Drucksache [20/1426](#))
10. Situation in den Frauenhäusern: Belegung, Finanzierung und Austausch
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 3. März 2022
(Drucksache [20/1379](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 10. Mai 2022
(Drucksache [20/1466](#))
11. Wie können Bremen und Bremerhaven am „New Space“-Boom teilhaben?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. März 2022
(Drucksache [20/1381](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2022
(Drucksache [20/1452](#))
12. Bremische Landwirtschaft zukunftsfähig machen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 23. März 2022
(Drucksache [20/1419](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2022
(Drucksache [20/1453](#))
13. Renditebegrenzung in der Pflege einführen – Private-Equity-Gesellschaften stärker regulieren
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. April 2022
(Drucksache [20/1431](#))
14. Wärmewende forcieren und energetische Gebäudesanierungen im Land Bremen vorantreiben: Ein effektives Maßnahmenpaket jetzt auf den Weg bringen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. Mai 2022
(Drucksache [20/1446](#))
15. Schutz der deutschen Sprache: Verwendung der Gendersprache in Behörden und Einrichtungen der Freien Hansestadt Bremen untersagen
Antrag des Abgeordneten Jürgewitz (AfD)
vom 3. Mai 2022
(Drucksache [20/1447](#))

16. Studierende während des Praxissemesters beim öffentlichen Dienst in Bremen finanziell entlasten, eine Praktikumsvergütung jetzt einführen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Mai 2022
(Drucksache [20/1470](#))
17. Mehr Steuergerechtigkeit: Pflicht zur Anzeige nationaler Steuergestaltungen einführen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 13. Mai 2022
(Drucksache [20/1472](#))
18. Gib mir Energie! Energiesouveränität für Bremen sichern – günstig, grundlastsicher und technologieoffen mit Kernkraft!
Antrag des Abgeordneten Jürgewitz (AfD)
vom 2. Juni 2022
(Drucksache [20/1485](#))
19. Missbrauch und sexualisierte Gewalt in den christlichen Kirchen ächten – Generalverdacht vermeiden
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Juni 2022
(Drucksache [20/1501](#))